Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung und Provinzial-Anzeiger erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Alle resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis pro Quartal 25 Silbergroschen, in allen Provinzen der Preußischen Monarchie 1 Thlr. 1½ sgr.

Expedition: Krautmarkt № 1053.

Im Verlage von Herm. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 33. Freitag, den 8. Februar 1850.

Neueste Nachrichten.

Die Voss. Ztg. enthält folgende telegraph. Depesche:

Paris, 4. Februar. Hier herrscht große Aufregung. Das Fällen der Freiheitsbäume findet Widerstand auf dem Boulevard St. Denis. Der General Lamorciere hat sich flüchten müssen. Es ist bereits Blut geflossen. Die Truppen rücken aus. Auf den Straßen sieht man viele Gruppen.

— Die telegraphische Depesche der National-Zeitung lautet beruhigender: „Gegen 5 Uhr brachen auf dem Boulevard St. Denis Conflikte zwischen dem Volke und der Polizei beim Abhauen der Freiheitsbäume aus. Lamoricière, der über ein Dach geflüchtet, berichtet darüber der gesetzgebenden Versammlung. Große Aufregung. Einige Verwundungen haben stattgefunden. Am Boulevard ist ein Regiment aufmarschirt. Die Truppen sind concentrirt, der Carousselplatz und das Arsenal besetzt. Beim Abgang dieses, Abends 8 Uhr, scheint die Ruhe hergestellt."

Paris, 5. Februar. (Telegraphische Depesche der Const. Zeitung.) Die Agitation in Folge der Maßregel bezüglich der Freiheitsbäume dauert fort.

— Wie gestern finden auch heute in der Nähe der Porte St. Martin und Porte St. Denis starke Zusammenrottungen statt, doch haben dieselben im Ganzen keinen beunruhigenden Charakter; man befürchtet nichts für den Abend.

Deutschland.

Berlin, 7. Februar. Die erste Kammer beschäftigte sich in der heutigen, um 10½ Uhr eröffneten Sitzung mit der fortgesetzten Berathung des Agrargesetzes. Zur Verhandlung kommt zunächst der Titel VIII. Er wird mit Ausnahme eines Paragraphen nach den Beschlüssen der zweiten Kammer angenommen.

Der darauf folgende Abschnitt, von der Ablösbarkeit der Reallasten giebt zu einer ausführlichen Debatte Veranlassung. Zwei Amendements sind eingebracht, welche die Reallasten, die den Pfarren, Küstereien und Schulen zustehen, von den Bestimmungen des Gesetzes ausgeschlossen haben wollen. Zwei wollen auch die Abgaben an Kirchen ausgeschlossen wissen. Abg. Stahl vertheidigt die letzteren. Der Minister des Innern erklärt die vorliegende Frage für eine offne, widerspricht aber den von dem Vorredner entwickelten Ansichten. Abg. v. Ammon weist u. A. auf die gestern beschworene Verfassung hin. „Wir würden diesem Werke einen schlechten Dienst leisten, wenn wir heute schon anfangen wollten, es auf diese Weise zu durchlöchern." (Beifall.) Diese Bemerkung ruft einen Protest des Abg. Stahl hervor, er findet das ganze Ablösungsgesetz in Widerspruch mit der Verfassung und Diejenigen, welche für das Gesetz stimmen, sollten zusehen, ob sie mit ihrem Eide in Uebereinstimmung seien. Abg. v. Ammon und andere Redner erwiedern hierauf. Der Präsident bittet die Debatte über dieses wichtige Gesetz nicht durch leidenschaftliche Angriffe zu trüben.

Abg. v. Gerlach erklärt, daß er die Annahme dieses Gesetzes für einen viel größeren Verfassungsbruch halte, als wenn Artikel der Verfassung durch Cabinets-Ordre cassirt würden. Der Minister des Innern empfiehlt hierauf, indem er gleichzeitig dem Vorredner erwiedert, die Annahme des Amendements v. Rittberg, welches die Abgaben an Pfarren, Küstereien und Schulen von der Ablösbarkeit ausnimmt, dieselbe aber einen späteren Gesetze vorbehält.

Ein Amendement, welches den Zusatz „sofern sie aus dem Kirchen- und Schulverbande herrühren," wird ausreichend unterstützt.

In der darauf folgenden namentlichen Abstimmung wird das combinirte Amendement Bethmann-Hollweg und Triest, welches die Herren von Gerlach und Stahl vertheidigt, mit 117 gegen 25 Stimmen abgelehnt.

Schließlich wird das Amendement Rittberg mit 140 gegen 24 Stimmen angenommen. Im Titel X. von der Abfindung der Berechtigten werden die Commissions-Anträge, welche mit den Beschlüssen der zweiten Kammer übereinstimmen, angenommen.

(Schluß der Sitzung 3 Uhr.)

Berlin, 7. Februar. Nach Eröffnung der heutigen Sitzung der zweiten Kammer theilt der Präsident mit, daß ein Protokoll über die gestern stattgehabte Beeidigung der Verfassung im Archiv der Kammer niedergelegt sei. In Betreff derjenigen Mitglieder, welche gestern verhindert waren zu erscheinen oder neu eintreten, beschließt die Kammer deren Eidesleistung in einer Plenarsitzung vorzunehmen. Der Abg. v. Morowski schließt sich der Erklärung der ausgetretenen polnischen Abgeordneten an, und legt deshalb sein Mandat nieder.

Die Abg. Klingenberg und Elminowski motiviren in einem an den Präsidenten gerichteten Schreiben ihre Eidesleistung, wie sie diese mit ihrem Gewissen verträglich gefunden haben, wiewohl die Verfassung eine Gefährdung des Rechts der Kirche auf Unterricht und Erziehung enthalte u. s. w. Abg. v. Auerswald wünscht, da diese motivirte Eidesleistung in das nächste Protokoll übergehe, dort auch seine Ansicht, daß es keinem Abg. als solchen frei stehen kann, eine Erklärung der Art abzugeben, aufgenommen zu sehen. In Folge dessen kommt ein Schreiben des Abg. Schaffraneck, ähnlichen Inhalts, nicht zur Verlesung.

Der Finanzminister legt einen Gesetzentwurf, betreffend die Verwaltung der Staatsschulden und die Bildung einer damit zu beauftragenden Commission vor. Die verwaltenden Mitglieder derselben soll der König ernennen, behufs der fortlaufenden Controlle soll eine Commission von je zwei Mitgliedern jeder Kammer gebildet werden, mit mit dem Präsidenten der Ober-Rechnungs-Kammer in Verbindung treten.

Die Kammer beschäftigte sich hierauf mit der Berathung des Gesetzentwurfs über die Stellung unter Polizeiaufsicht ꝛc. Abg. v. Klützow empfiehlt Annahme der Fassung der ersten Kammer ohne specielle Diskussion. Der Justizminister schließt sich diesem im Allgemeinen an. Abg. Reichensperger erklärt sich gegen die Annahme en bloc, und stellt ein den ganzen Inhalt des Gesetzes umfassendes Gegen-Amendement auf, das er vertheidigt und zur Annahme empfiehlt.

Nachdem der Justizminister dem Vorredner erwidert, wird der Schluß der allgemeinen Duskussion beantragt, aber verworfen, Abg. Kühlwetter glaubt sich nicht der Verpflichtung entziehen zu können, den vielen Anfeindungen zu begegnen, welche gegen das Gesetz vom 24. September 1848 unbegründeterweise gerichtet sind.

Der Justizminister sagt, er habe bei der Entstehung des Gesetzes seine Thätigkeit mit der des Vorredners vereinigt, auf diesem Standpunkte befinde er sich noch heute, aber die Erfahrungen des letzten Jahres hätten zu der Nothwendigkeit einer Revision geführt.

Der Schluß der allgemeinen Diskussion wird abermals abgelehnt.

(Schluß der Sitzung 3½ Uhr.)

Berlin, 7. Februar. Zum dem gestrigen Bericht über die Feier der Beeidigung der Verfassung ist Folgendes nachzutragen:

Nachdem die erschienenen Mitglieder der ersten und zweiten Kammer vor Sr. Majestät dem Könige den verfassungsmäßigen Eid sämmtlich geleistet hatten, trat der Präsident der ersten Kammer, von Auerswald, vor den Thron und sprach Sr. Majestät dem Könige den Dank des Landes im Namen beider Kammern mit folgenden Worten aus:

„Es ist die Stimme des Landes, welche durch den Mund seiner Vertreter zu Ew. Königl. Majestät spricht. Nicht oft gedenkt die Geschichte solcher Tage, wo freie Entschließung dem würdigen, naturnothwendigen Streben nach dem Maße der Freiheit begegnet, welches, während es den Menschen erhebt, ihn Gesetz und Ordnung die wahre Freiheit erkennen lehrt. Und doch erscheint der Glanz der Krone nie strahlender, die Macht der Könige nie selbstbewußter, fester, als wenn sie, frei, auch von dem Scheine des Zwanges, die höhere Nothwendigkeit erkennend, nur der Gewalt des Geistes folgt. Im Hinblick auf die Unheil drohenden Wolken, welche in einer nicht lange vergangenen Zeit an dem sternenreichen Himmel Preußens hingen, ist es ein großes Gefühl, das heute vaterländische Herzen erfüllt. Ja, Dank der Vorsehung, daß die Liebe und der Stolz des Landes, Preußens König, heute seinem Volke sagen konnte: Eure Wünsche sind die Meinen. Einigkeit giebt Macht! Der Inhalt dieses Dankes an eine höhere Macht, welche die Herzen der Könige, wie die Geschicke der Völker lenkt, bezeichnet den Umfang des Dankes und der Empfindungen, welche das Land heute Ew. Königl. Majestät darbringt. Nicht fernere Worte, unsere Treue wird ihnen Ausdruck geben!"

Als hierauf Se. Majestät der König sich mit huldreicher Begrüßung der Versammlung vom Throne erhoben, brachte der Präsident der zweiten Kammer, Graf von Schwerin, mit dem Rufe: „Gott segne und erhalte Se. Majestät den König!" ein Hoch aus, in welches die ganze Versammlung unter dreimaliger Wiederholung mit Begeisterung einstimmte.

Die Tafel wurde im weißen Saale und in der anstoßenden Gallerie gehalten. Außer den Prinzen des Königlichen Hauses und dem Königlichen Gefolge waren die Mitglieder des Staats-Ministeriums, die Präsidenten und alle übrigen Mitglieder der beiden Kammern eingeladen.

Gegen Ende der Tafel erhoben Sich des Königs Majestät und

brachten folgenden Toast auf die versammelten Mitglieder der Kammern aus:

Meine Herren! Ein kurzes Wort, aber ein gutes Wort! Den Dank des Landes aus dem Munde des Königs!

Es wurde von den Sr. Majestät dem Könige gegenübersitzenden Präsidenten beider Kammern nicht schicklich gefunden, den Gefühlen, welche durch diesen Toast bei der Versammlung hervorgerufen wurden, unmittelbar nachher Worte zu geben, wogegen nach aufgehobener Tafel, während Se. Majestät Sich mit der im Rittersaale versammelten Gesellschaft huldvoll unterhielten, der Präsident der ersten Kammer ein Hoch auf Se. Majestät ausbrachte, in welches die Versammlung mit freudiger Begeisterung einstimmte. (St.-A.)

— Das Wetter war der äußerlichen Gestaltung der Feier des 6ten Februar, zu Anfang wenigstens, nicht günstig, da es regnete, der Himmel schwer bewölkt, und der Zustand der Straßen und Plätze für die Cirkulation ein sehr übler war. — Die Abgeordneten katholischen Glaubens hatten sich nach der St. Hedwigskirche begeben. Im Dom wohnten Se. Majestät der König, die Prinzessin von Preußen und die hier anwesenden Prinzen in ihrer Loge der Feier bei. Die Deputirten hatten ihre Plätze im untern Raum der Kirche zunächst vor dem Altar. Die Minister und höhern Staatsbeamten vom Civil und Militair, unter letztern auch Se. Exzellenz der General Wrangel, waren in der Kirche. Die Predigt hielt der Ober-Consistorialrath und Hofprediger Dr. Strauß. Um halb 11 Uhr war der Gottesdienst auch hier beendet, und die höchsten Herrschaften begaben sich von der Kirche aus nach dem Schloß. Die Wagen, in denen Seine Majestät der König und der Prinz Karl saßen, wurden mit lautem Jubel von den dicht gedrängten Volksmassen begrüßt. Eben so empfing der General Wrangel, der mit mehreren Generalen und Stabsoffizieren zu Fuß den Weg machte (es war eine besondere, mit Sand gestreute Bahn dazu eingerichtet) ein freudiges Hurrah. Einen stattlichen Eindruck machte indessen das Corps der Veteranen aus den Freiwilligen der Jahre 1813, 14, 15, welche in voller Uniform und in militairischer Ordnung sich nach dem Dom begeben hatten, und eben so aus diesem den Weg in das Schloß nahmen. — Gegen 11 Uhr klärte sich das Wetter auf, und die Mittagsstunden waren durch hellen Sonnenglanz, blauen Himmel und milde Luft ausgezeichnet. Das fröhliche Wogen der Menschenmenge auf dem Lustgarten, und sonst in der Nähe des Schlosses dauerte fort. — Im Allgemeinen ist der Tag als ein Feiertag behandelt worden. In allen Kirchen wurde Gottesdienst gehalten; auch in der großen Synagoge, wo nächst der Predigt über Jesaia 30, 15., ein besonderes Gebet für den König gesprochen wurde. Die Gymnasien und Schulen waren geschlossen, die amtlichen Geschäfte eingestellt; es fand keine Börse statt. — Der Magistrat wohnte früh um 9 Uhr in Amtstracht dem Gottesdienst in der Nikolaikirche bei. Er hatte zugleich sämmtliche Kommunalbeamte auffordern lassen, sich mit ihren Amtszeichen in ihren verschiedenen Kirchen zu versammeln. Zum Mittag hatten sich mehrere Mitglieder aus dem Magistrats-Kollegio, wie aus der Stadtverordneten-Versammlung zu einem zwanglosen Mahl bei Schott vereinigt. Seitens des Magistrats waren festliche Speisungen in dem großen Friedrichs-Waisenhause, im Friedrich-Wilhelms-Hospital, im Nikolaus-Bürger-Hospital und im Arbeitshause, so wie in allen Filialen dieser Anstalten angeordnet. Die Pfleglinge der Berliner Hospitäler und des magistratualischen Personals haben Geldgeschenke empfangen. — In den Theatern fand keine besondere Feierlichkeit statt. — Mittags um 2 Uhr war im Königlichen Schlosse große Tafel, wozu sämmtliche Abgeordnete beider Kammern geladen waren. — Abends war die Stadt in einer Weise beleuchtet, welche, wenn auch keine unbedingte, doch eine sehr weit verbreitete freudige Theilnahme an dem wichtigen Ereigniß bekundete. (Voss. Z.)

— Mehrere Kammer-Mitglieder, die mit der Revisionsberathung der Verfassung nicht einverstanden waren, haben bereits vor einigen Tagen eine Urlaubsreise angetreten, um, wie vermuthet wird, in dieser Weise der Vereidigung auf die Verfassung zu entgehen. Wahrscheinlich werden dieselben aber bei ihrer Rückkehr zum nachträglichen Eidschwur aufgefordert, oder veranlaßt werden, ihr Mandat niederzulegen.

— Die Const. Correspondenz bringt einen Artikel, worin sie mit Hinblick auf das opponirende Verhalten der Fraction Arnim-Keller bei der Mahl- und Schlachtsteuer darauf hinweist, wie das Ministerium bei diesen materiellen Reformen auf der linken Seite des Parlaments seine Unterstützung finde.

— Die Berliner Ztg. enthalten folgende Verwahrung des Herrn Pr. Gierke:

„Wenn das Referat über die Sitzung des hiesigen Schwurgerichts vom 5. d. M. in Nr. 56 der National-Zeitung richtig ist, so hat der Angeklagte Krackrügge in seiner Auslassung über die Anklageakte behauptet:

„Der Steuerverweigerungs-Antrag sei von mir gestellt und zuerst unterschrieben."

Diese Behauptung kann indessen — wenn wirklich gemacht — nur auf einem Irrthume beruhen, da gerade die von Herrn Krackrügge bei derselben Gelegenheit in Bezug genommenen stenographischen Berichte ergeben müssen, daß ich den Antrag überhaupt nicht unterschrieben habe.

Diese Widerlegung bin ich mir nothgedrungen schuldig, da ich sonst rücksichtlich der gegen dritte über jene Vorgänge gemachten Mittheilungen als unwahr erscheinen würde.

Berlin, den 6. Februar 1850.

Gierke, Appellationsgerichts-Präsident.

— Alle formellen Schwierigkeiten, welche bisher bei den hier stattfindenden Friedens-Unterhandlungen mit Dänemark obwalteten, sollen jetzt gänzlich beseitigt sein.

Königsberg, 3. Februar. Dem hiesigen Magistrat ist in Bezug auf die Bürgerwehr folgender Bescheid des Ministers von Manteuffel zugegangen:

„Dem Magistrat eröffne ich auf die Eingabe vom 15ten v. M. Nachstehendes: Der §. 2 des Gesetzes vom 24. Oktober v. J. verordnet die Rückgabe der zur Ausrüstung der Bürgerwehren vom Staat verabreichten Waffen ganz allgemein, so daß die Waffenrückgabe seitens sämmtlicher Bürgerwehren erfolgen muß, gleichviel ob dieselben bei dem Erscheinen des Gesetzes vom 24. Oktober v. J. nach dem Gesetze vom 17. Oktober 1848 bereits vollständig organisirt waren oder nicht. Hieraus folgt, daß die dortige Bürgerwehr von der Rücklieferung der ihr vom Staate zu ihrer Ausrüstung verabreichten Waffen in keinem Falle entbunden und auf den diesfälligen Antrag des Magistrats nicht eingegangen werden kann. Was den eventuellen Antrag des Magistrats betrifft, den Rücklieferungs-Termin auf drei Monate auszudehnen, weil es dem Bürgerwehr-Verwaltungs-Ausschusse nicht möglich sei, der ihm nach §. 65 des Gesetzes vom 17. Oktober 1848 obliegenden Pflicht, für die anderweite Bewaffnung der dortigen Bürgerwehr Fürsorge zu tragen, innerhalb vier Wochen Genüge zu leisten, so ist derselbe nach der inzwischen hier eingegangenen Anzeige der Königlichen Regierung dortselbst von dieser bereits am 20sten v. M. abgelehnt worden. Bei dieser Bescheidung kann ich es nur bewenden lassen und zwar um so mehr, als die Voraussetzung, von welcher der Magistrat bei dem Antrage ausgegangen, nämlich daß die Bürgerwehr dortselbst vollständig organisirt sei und deshalb auf sie das Gesetz vom 24. Oktober d. J. keine Anwendung finde, nicht zutrifft. Die Organisation einer Bürgerwehr nach dem Gesetze vom 17. Oktober 1848 ist erst dann für vollendet zu erachten, wenn der Oberst derselben aus der Liste der drei Kandidaten von Sr. Majestät dem Könige ernannt und das Reglement über die Ordnung des Bürgerwehrdienstes nach §. 74 des Gesetzes entworfen und von der Kreisvertretung genehmigt ist. Beides ist in Beziehung auf die Bürgerwehr in Königsberg nicht geschehen, und dieselbe war daher beim Erscheinen des Gesetzes vom 24. Oktober v. J. noch nicht organisirt, sondern in der Errichtung noch begriffen, und wird deshalb von dem Gesetz allerdings betroffen. Die Errichtung der dortigen Bürgerwehr ist also zur Zeit gänzlich auszusetzen, und es ist dieselbe in Folge hiervon, insoweit sie unvollständig organisirt bisher bestanden, gänzlich außer Thätigkeit zu setzen. Berlin, den 21. Januar 1850.

Der Minister des Innern. von Manteuffel.

Königsberg, 3. Februar. Ein hiesiger Korrespondent der Deutschen Allgemeinen Zeitung berichtet, daß unsere sogenannte freie Gemeinde aus mehreren tausend Mitgliedern bestehe und eine Anzahl Schul- und Armen-Institute habe! — Diese Mittheilung erscheint als eine übertriebene, da, wie sich amtlich erweisen läßt, diese sogenannte Gemeinde nur aus einigen Hundert Mitgliedern besteht und die Anzahl der Schul- und Armen-Institute sich auf eines reduzirt. (D. R.)

Halle, 5. Februar. Die Universität beging gestern mit einem solennen Redeaktus die Inauguration der Büste des verstorbenen Konsistorial-Raths und Professors Gesenius, welche auf Kosten von Freunden, Schülern und Verehrern desselben durch die Meisterhand Prof. Ritschels in Dresden angefertigt worden und bestimmt ist, fortan die Aula des Universitätsgebäudes zu schmücken. Die Festrede wurde von Prof. Hupfeld gehalten; derselben folgte eine zweite Rede des Stud. Blau aus Nordhausen, der Vaterstadt von Gesenius.

— Einen andern Schmuck wird die Aula nächstens durch ein Bildniß Sr. Maj. des Königs erhalten, welches ein Verein Studirender, auf eigenen Antrieb, eben in Berlin anfertigen läßt.

Hannover, 4. Februar. Die Militair-Convention zwischen Preußen und Braunschweig ist abgeschlossen und zwar auf 15 Jahre. In nächster Zeit werden 5000 Mann Preußen in Braunschweig einrücken und das braunschweigische Contingent nach Schlesien verlegt werden. Wir glauben die Details als authentisch verbürgen zu können. Die Thatsache vom Abschluß der Convention hat dem Vernehmen nach der Regierungs-Commissär Geh. Kriegsrath Wedemeyer auch in der ständischen Militär-Commission angezeigt. In dieser Commission ist auch wegen der bekannten Verlegung eines hannoverschen Truppencorps an die kurhessische Gränze interpellirt. Der Regierungs-Commissär soll erwidert haben: die Verlegung sey auf den Wunsch Preußens geschehen und mit Kosten nicht verbunden gewesen. (H. M. Z.)

Frankfurt a. M., 3. Februar. Den entlassenen Beamten der ehemaligen Central-Gewalt ist ein monatlicher Gehalt ausgezahlt; es wurde ihnen aber anheim gegeben, falls sie durch Dekret angestellt waren, die allenfalls daraus abzuleitenden Ansprüche geltend zu machen. (D. R.)

Kiel, 3. Februar. Gestern ist hier eine gewaltige parlamentarische Schlacht geschlagen, die um 10 Uhr Morgens begann und (mit dreistündiger Pause) um 3 Uhr Nachts endete. Die Militairzwangs-Ordnung nach den neuesten Vorschlägen der Regierung ist mit sehr geringfügigen Modificationen mit großer Majorität angenommen. Am Vormittag sprach namentlich der Berichterstatter Matthiesen ganz ausgezeichnet, wenn auch etwas sehr provocirend gegen die Linke. Es war eine wahrhaft glänzende Rede. (Const. Z.)

Oesterreich.

Wien, 2. Februar. Die „Reichszeitung" beglaubigt endlich die Existenz eines Vierkönigsbündnisses unter den lächerlichsten Ausfällen gegen die „Deutsche Reform", welche sich vor Kurzem noch ungläubig zeigte. Wir lassen einige Tiraden aus dem österreichischen offiziellen Blatte folgen:

„Von dem Dreikönigsbündnisse besteht in diesem Augenblicke nichts mehr als der Name; es ist bereits faktisch zum Schatten herabgesunken, während ein Vierkönigsbündniß weit näher in Aussicht steht, als der Reichstag in Erfurt. Wenn vor sechs oder acht Wochen die Idee eines Bündnisses der vier deutschen Königreiche eben nur als eine Idee gelten konnte, so ist die Verwirklichung dieser Idee seit der Botschaft Friedrich Wilhelms IV. vom 7. Januar zur Nothwendigkeit geworden."

Die „Reichs-Zeitung" hofft fest, daß an der Botschaft das Einigungswerk scheitern werde. Sie könnte sich nun völliger Sorglosigkeit hingeben. Indessen, sie beruhigt sich weiter noch durch die Phrase der „Minoritätswahl", indem sie den albernen Berichten Glauben beimißt, welche Wiener Blätter über die Wahl-Ergebnisse gebracht haben. — Um uns selbst der Beleuchtung dieser Eingebungen der „Reichszeitung" zu enthalten, lassen wir einige Sätze aus der „Presse" ihnen zur Seite stehen.

Die „Reichszeitung" sieht den Ergebnissen der (Münchener) Konferenzen mit vielem Vertrauen entgegen, und knüpft an die Thatsache eine Reihe von Betrachtungen so eigener Art, daß sie diesmal unmöglich von der Staatskanzlei inspirirt worden sein kann.

„Oesterreich wird sich jedem Vorschlage anschließen, der erstens ganz Deutschland zu vereinigen, und zweitens die Grundbedingungen unseres Staates nicht zu verletzen geeignet ist."

Diese Idee schwebt freilich dem Fürsten Schwarzenberg schon seit lange vor, ihre Realisirung wird ihm aber nicht leichter werden, als die Auffindung der Quadratur des Cirkels.

„Wer aber die Verhältnisse des österreichischen Staates und den Gang

der öffentlichen Angelegenheiten genau beobachtet hat, wird die Ueberzeugung erlangt haben, daß der Plan der österreichischen Minister, vor Allem unseren Staat aus den Wirren herauszureißen und zu konstituiren, und dann erst an die Bildung des österreichisch-deutschen Staatenbundes zu gehen, ein einfacher und zugleich tiefer politischer Gedanke war."

Diese Phrase ist der Ausdruck einer so unerreichbaren suffisance, daß sie sich ganz vorzüglich zum Programme eines künftigen Ministeriums Windischgrätz eignen würde.

Das Programm des gegenwärtigen Ministeriums klingt etwas bescheidener:

„Erst wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich sein, ihre staatlichen Beziehungen näher zu bestimmen."

Dies war der eben so klare als wahrhaft „tief politische" Gedanke, den der Minister-Präsident am 27. November auf der Tribüne zu Kremsier aussprach, und den wir ihm seitdem oft genug ins Gedächtniß gerufen haben. In der von der „Reichszeitung" gebrachten Version, daß das Ministerium erst dann an die Bildung eines österreichisch-deutschen Staatenbundes gehen wolle, wenn es mit den österreichischen Wirren zu Ende ist, wird aber Niemand den ursprünglichen edlen Gedanken erkennen. (D. Ref.)

Wien, 2. Februar. Wie wir aus verläßlicher Quelle hören, beabsichtigt das Ministerium der äußern Angelegenheiten, der österreichischen Gesandtschaft in Athen die Weisung zukommen zu lassen, sich in der englisch-griechischen Differenz vollkommen im Einklange mit der Kaiserl. russischen Gesandtschaft zu verhalten. (Wanderer.)

Schweiz.

Zürich, 31. Januar. Dr. Rindeschwender, schon seit längerer Zeit in Rapperswin wohnend, hat, wie Sie wissen, die Aufenthalts-Bewilligung wegen starker Betheiligung am badischen Aufstande nicht erhalten. Der Kl. Rath hat übrigens in seiner Sitzung vom 26. d. eine Antwort beschlossen und bereits auch nach Bern gesandt, wonach er die Richtigkeit der Beweggründe des bundesräthlichen Beschlusses nicht anerkenne, allein aus andern Gründen die Ausweisung nicht hindere. — Die Abtragung der genfer Festungswerke dauert fort; namentlich wird als Grund des Nichteinstellens jetzt angegeben: „da die Abtragung schon so weit vorgerückt sei, daß das Stehenbleiben des Restes ohne allen Zweck sei, so müßten dieselben nothwendig wieder aufgebaut werden, wenn sie wirklich unentbehrlich wären." (Köln. Z.)

Aus der Schweiz. Der Tag vor dem Eintritt des eidgenössischen Zolles ist in Basel noch brav zur Einfuhr, namentlich von Wein, benutzt worden. Die National-Zeitung berichtet: „Von St. Louis bis ans St. Johannthor war die Straße fast immer mit Wagen bedeckt; 109 Wagen, darunter 16—20 drei- und sechsspännige, und ein mit 1100 Maaß beladener, von einem Ochsen gezogen, passirten durch dieses Thor. Die französische Eisenbahn brachte 32 Wagen, durchschnittlich je 20 Saum enthaltend, ohne das Resultat des letzten Bahnzuges dazu zu rechnen. Am Spahlenthor gingen 5 Wagen kleine Rothe Burgunderweine als Stadtgut und 3 Wagen per Transit ein — bis dahin lauter Elsässer- und sonstige französische Weine. — was den Markgräfler betrifft, so können wir über die Einfuhr desselben etwas genauer berichten: Durch's Bläsithor passirten circa 60 Wagen, welche zusammen 48,165 Maaß Stadtgut und 30,375 Maaß Transitgut brachten; am Riehenthor jedoch kamen nur 3 Wagen mit 2271 Maaß Stadt- und 2 Wagen mit 1388 Maaß Transitweinen. Ueberdieß waren an den Hauptthoren, besonders am Bläsithor, Einfuhren bis Nachts 10 Uhr angesagt, da noch viele Wagen auf der Leopoldshöhe standen." (E. Z.)

Frankreich.

Paris, 2. Februar. Die „Estafette" enthält Folgendes: „Man versichert, daß eine diplomatische Note der schweizerischen Regierung gestern im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten angelangt sei. Die Regierung der helvetischen Republik erklärt darin, daß die Schweiz keinen Krieg gegen die europäischen Nationen unternehmen wolle, aber daß, wenn ohne gesetzliche Motive sich eine Coalition gegen ihre Unabhängigkeit bilden sollte, sie diejenigen von ihrem Territorium zu vertreiben wissen werde, welche dasselbe zu verletzen wagen sollten.

— Nach dem neuen Postvertrage mit der Schweiz beträgt das Porto für den einfachen Brief 40 Centimes, wovon 15 an die Schweiz und 25 an Frankreich fallen.

— Auf Befehl L. Napoleons sind 15 Männer, welche wegen Betheiligung an den Unruhen zu Rouen im Jahre 1848 zu Loos im Gefängnisse saßen, freigelassen worden. Mehrere von ihnen begaben sich zu Fuß, andere in den Omnibus nach Lille. Diese letzteren, weit entfernt, für ihre Freilassung dankbar zu sein, stießen in den Wagen im Beisein mehrerer Fremden die ärgsten Schimpfreden gegen L. Napoleon und seine Regierung aus. In drohendem Tone sagten sie: „Bevor drei Monate vergehen, werden diese Canaillen von uns hören."

— Gestern fand in Poissy die jährliche Konkurrenz der Mast-Ochsen für Paris und für alle Städte und Dörfer im Umkreis von 20 Lieues statt; 1443 Ochsen waren auf dem Markte ausgestellt, wovon 7 die Aufmerksamkeit der Jury auf sich zogen. Der dem Herrn Soupil gehörige Ochse wurde für den preiswürdigsten erklärt. Heute hat der Polizei-Präfekt dem Syndikat der Fleischer von Paris erklären lassen, daß er nichts gegen den Spaziergang des Mast-Ochsen habe, aber daß die Subvention aufhöre, welche ihnen die Stadt Paris vor der Februar-Revolution, der großen Kosten dieser Promenade halber, bewilligte. Kein Fleischer meldete sich daher heute als Käufer, und der Ochse wurde wieder in den Stall geführt.

Paris, 3. Februar. Die Regierung soll beschlossen haben, eine Verstärkung von 6000 Mann nach Lyon zu senden. Der „Credit" will übrigens wissen, daß die beunruhigenden Angaben des „Constitutionel" über den Zustand von Lyon unbegründet seien, Arbeit sei dort wieder vollauf, der Arbeitslohn gestiegen und die Bevölkerung ruhig.

— Der Präsident der Republik soll über die, seinem Vorschlage einer Solderhöhung für die Unteroffiziere der Armee von der Commission der National-Versammlung zu Theil gewordene Aufnahme sehr ungehalten sein. Die Commission will bekanntlich bloß eine Art von Prämie nach siebenjähriger Dienstzeit für Unteroffiziere, Corporale und Soldaten gutheißen. Der heutige „Napoleon" beschwert sich bitter über die Commission, welcher er besonders vorwirft, daß sie ganz ohne Grund bei einem lediglich von der Gerechtigkeit eingegebenen Vorschlage eine geheime politische Absicht voraussetze.

— Dasselbe Blatt äußert: „Eine von Tag zu Tag schärfere Spaltung scheint sich seit einiger Zeit zwischen den Legitimisten und Orleanisten, ja sogar zwischen den Legitimisten unter sich zu bewerkstelligen. Die Geistlichkeit scheint sich außerhalb der politischen Intriguen halten zu wollen. Kaum gewahrt man einige Priester, welche an den feindlichen Partei-Umtrieben sich betheiligen.

— Herr Guizot hat seinen Freunden angezeigt, daß er seine öffentliche politische Laufbahn mit den 24. Febr. 48 für geschlossen halte. Er sei hinfort nur Geschichtsschreiber.

— In den nächsten Tagen werden die Summen für das Denkmal Napoleons bei den Invaliden discutirt werden; es ist vielleicht interessant die Ziffern kennen zu lernen, die für andere Monumente in Paris verausgabt sind. Der Triumphbogen an der Barrière l'Etoile kostet 10,432,000 Fr., die Madeleine-Kirche kostet 13,079,000 Fr., das Hotel am Quai d'Orsay, wo jetzt der Staats-Rath seine Sitzungen hält, kostet 11,340,000 Fr., das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten 5 Millionen, die Julisäule 1,324,000 Fr., die neue Kammer der Pairs 3 Millionen.

Italien.

Turin, 28. Januar. Die heutige „Concordia" enthält einen Artikel, in welchem es unter Anderem heißt: „Der Herzog von Modena ist der künftige König der Lombardei. Diese Nachricht, die noch vor einem Jahre auf allgemeinen Unglauben gestoßen wäre, wird nun von Tag zu Tag minder parador. Briefe aus der Lombardei, die sich auf gute Quellen in Wien beziehen, stellen diese Thatsache als wahrscheinlich dar."

— Am 23. Januar hat der Prozeß gegen Cernuschi angefangen. Folgende sechs Verbrechen werden ihm zur Last gelegt: 1) Verbreitung gedruckter Proklamationen gegen die Franzosen, während der Belagerung; 2) die Verwüstung des Palastes Farnese; 3) Verausgabung großer Summen zum Barrikadenbau; 4) zum Ausbruch der römischen Revolution beigetragen und die Republik proklamirt zu haben; 5) Aufreizung des Volkes beim Einzug der Franzosen; 6) die Fahne des Cafe Nuovo genommen und an der Spitze des Volkes die Franzosen beleidigt zu haben. — Das römische Volk zeigt bei diesem Prozesse eine große Theilnahme. Der Prozeß scheint eine günstige Wendung für Cernuschi zu nehmen, da mehrere Zeugen ihre Aussagen zurückgenommen haben. Man glaubt, daß derselbe jedenfalls nach Paris gebracht werden würde, er möge unschuldig sein oder nicht.

— In Florenz ist ein Buchdrucker wegen Druckens des neuen Testaments zu 50 Thlr. Strafe verurtheilt worden.

— Am 28. Januar hat ein fürchterlicher Sturm in Genua gewüthet. Von 500 Schiffen, die sich in dem Hafen von Genua befanden, sind 150 beschädigt worden.

Mailand, 24. Januar. Dieser Tage wurden hier zwei freche Raubmorde verübt In der Gasse Porta nuova benutzte der wahrscheinlich mit den Verhältnissen des Hauses genau bekannte Räuber die Abwesenheit des Bewohners, eines Fleischhauers, nebst seiner Gattin im Theater, schlich sich in das Haus, ermordete das einzige im Hause befindliche Dienstmädchen mit acht Dolchstichen, und entwendete alles vorhandene baare Geld, so wie mehrere werthvolle Effekten. Ein ähnlicher Raubmord geschah auch in der Gasse Porta Ticinese bei einem Greisler. An diesem Abende wurden auch viele Personen auf der Gasse angefallen, zwei davon verwundet und ausgeplündert. Reisende werden häufig auf der Straße ausgeraubt, und fast täglich hört man von Einbrüchen und Diebstählen. Die Kälte ist ungewöhnlich streng, drei Menschen sind auf der Straße gegen Bergamo erfroren, und der vor zehn Tagen gefallene zwei Schuh hohe Schnee zeigt sich nicht geneigt, uns zu verlassen. Morgen wird der Herr Feldmarschall Radetzky hier erwartet. Das Warasdiner erste Feldbataillon ist am 21. von Como nach Varese verlegt worden. (Ll.)

Großbritannien.

London, 1. Februar. Die Presse ist nicht recht einverstanden mit den Instructionen, welche die Admiralität der neuen Expedition ertheilt hat, die die verschollenen Nordpolfahrer aufsuchen soll. Sei Franklin noch am Leben, so spreche alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß er entweder durch die Barrows-Meerenge sich nach den Stationen der Wallfischfahrer durchzuarbeiten suchen werde, oder daß er nach der Nordküste von Amerika einen Weg suche, um zu einer der Ansiedelungen der Hudsonsbai-Gesellschaft sich durchzukämpfen. Da nun aber in dem oberen Theile der Barrows-Meerenge sich undurchdringliche Eismassen bisher dem Vordringen der Aufsuchungs-Schiffe in den letzten Jahren entgegengestellt, so sei Capitain Collinson angewiesen, durch die Behringsstraße möglichst vorzudringen, um von dieser Seite aus den Nordpolfahrern möglichst Hülfe zu bringen. Mißlinge dies, so sei wohl alle Hoffnung aufzugeben. Die Aufsuchung der Verlorenen landwärts, welche von den Gegnern der Hudsonsbai-Gesellschaft eifrig betrieben worden, habe bisher kein Resultat gebracht. Was die Erzählung der Eskimos anlange, so schienen dieselben problematischer Art zu sein.

— In London Tavern ist ein Meeting gehalten worden zum Behufe einer Betrachtung über die furchtbaren Menschenopfer an der Küste von Borneo. Die geopferten Menschen sind nämlich Seeräuber, und eine Petition ans Parlament wurde beschlossen, die Prämien auf Piratenköpfe abzuschaffen. Zuerst wurde ein Brief von Cobden aus Manchester vorgelesen, welcher will, daß die Regierung dem Kommandeur des englischen Geschwaders, dem Rajah Brooke, eine ernste Rüge angedeihen lasse über seine feige und barbarische Niedermetzelung einer Anzahl von 1500 Menschen, von denen kein Widerstand zu befürchten gewesen sei. Ein untersetzter Herr, seinem ganzen Aeußern nach, ein gewiegter alter Seemann, mit bronzenen Mienen, aus denen Offenheit und Ehrlichkeit sprachen, trat jetzt auf, mit der Versicherung, daß er beweisen könne, daß jene Seeräuber ein englisches Schiff angegriffen hätten. Dadurch entstand einige Verwirrung, bis man ihm endlich bedeutete, daß das Wort nicht an ihm sei. Als es endlich an ihn kam, sagte er: „Man behauptet, daß nie ein britisches Schiff von chinesischen Piraten angegriffen worden sei. Dem ist nicht so. Im April 1836 wurde durch eine chinesische Piratenflotte zwischen Surabaya und Canton ich selbst angegriffen." (Sensation.) „Es war um Mitternacht, das Gefecht dauerte etwa 3 Stunden, und ich kann

Ihnen sagen, daß ich mit eigenen Händen im Verhältniß eben so viele Menschen tödtete, als Rajah Brooke.“ (Große Aufregung in der Versammlung. Namentlich drückten einige helle Donnerstimmen ihren Abscheu durch Exklamationen aus.) „Nach 3 Stunden waren etwa 100 erschossen.“ (Neue Sensation.) „Sie sagen, so fangt doch diese Leute lebendig. Können Sie sie lebendig fangen, so thun Sie es. (Hört, hört. Gelächter.) Sein Sie indeß gefaßt darauf, plötzlich von etwa 300 Prahus umgeben zu sein, jeder mit 100 Mann, die vergiftete Speere führen.“ Hierauf wandte sich der Redner, Kapitain eines Kauffahrteischiffes, wie sich später ergab, seitwärts an die ihm zunächst Sitzenden: „Gehen Sie doch einmal nach der Küste von Borneo. (Große Unruhe, neue Ausrufe von Damen.) Ich mußte einst landen, allein, nur mit einem Paar Pistolen und einem Degen an der Seite, um Wasser einzunehmen. Es wurden vergiftete Spieße nach mir geschleudert, wie nach einem wilden Thiere. Wenn Sie, meine Herren, diese Seeräuber civilisiren können, so unterlassen Sie es ja nicht. Meine Ansicht, fundirt auf eigene Anschauung, ist die, daß eine tapfere und zugleich menschlichere Schaar, als unsere Offiziere und Matrosen in jenen Gewässern nirgend existirt. Hiermit verließ Kapitain Smith die Tribüne, zur großen Genugthuung der Antragsteller, meist Methodistenprediger und deren Anhang. Die obigen Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt, nachdem noch ein Herr Thomsen die friedliche Gesinnung und Hospitalität der chinesischen Seeräuber unter immensem Bravo aus Marryats Journal bewiesen hatte.

— Dem „Morning Herald“ zufolge hat Santa Anna in Mexiko abermals einen Revolutionsversuch gemacht, welcher aber sehr ungünstig für ihn ausgefallen war. In Folge desselben wurden 5 Ober-Offiziere und 25 andere Personen, welche sich dabei betheiligt hatten, erschossen. Auch in Saltillo und an anderen Orten sollen Versuche zum Aufstand gemacht worden sein.

Donau-Fürstenthümer.

Bukarest, 29. Januar. Seit drei Tagen erregt hier ein Ereigniß die größte Aufmerksamkeit. Es ist dies eine Werbung für die türkische Armee, welche Omer Pascha anstellen läßt, ein Ereigniß, wie es hier seit Menschengedanken nicht vorgekommen ist, da bei den früheren Besetzungen des Landes durch Türken, zu denen sich wohl auch damals hiesiges Volk zugesellt haben mochte, diese Türken, unregelmäßige Söldlinge der räuberischen Paschas aus den Donaufestungen, nicht aber Kaiserliche reguläre Truppen waren. Gegen ein gutes Handgeld und lockende Versprechungen sollen dem türkischen Marschall in diesen Tagen bereits über 200 Menschen zugelaufen sein, und sein Wohnpalais steht von früh bis Abends umlagert von Soldlustigen und Gaffern. Namentlich Fremde haben sich viele anwerben lassen. Ob Omer Pascha auch hiesige Eingeborene annimmt, und ob dagegen die wallachische und resp. die russische Regierung nicht Einsprache erhoben hat, oder es thun wird, kann ich Ihnen heute noch nicht sagen. Daß die fremden Consulate in Betreff ihrer Nationalen diese Werbung nicht unbedingt gut heißen werden, scheint gewiß.
(B. Z.)

Griechenland.

Athen, 22. Januar. Die griechische Regierung thut alles, um jeden Zusammenstoß mit Engländern vorzubeugen. Verschiedene Polizeimaaßregeln wurden getroffen, und besonders die Behörden der Inseln und der am Meer befindlichen Orte erhielten Verhaltungsbefehle, für den Fall, daß die englische Flotte irgendwo erscheinen, etwas in Besitz nehmen oder confisciren sollte. Hier folgt die Formel des Protestes, welchen alle Behörden, Schiffscapitaine rc. im gegebenen Fall einzulegen haben. „Mein Herr! Im Angesicht der Handlungen, welche vor kurzem stattgefunden, und in Anbetracht der Macht, gegen welche meine Regierung weder die Mittel nach den Willen hat anzukämpfen, protestire ich im Namen Sr. Majestät des Königs von Griechenland, meines erlauchten Monarchen, und im Namen der heiligen Grundsätze des Völkerrechtes gegen die angewendete Gewalt auf griechischem Gebiet. Ich mache Sie verantwortlich für alle möglichen Folgen, welche aus dieser Handlung entspringen, die mitten im Frieden die Unabhängigkeit meines Vaterlandes und die Würde der Krone angreifen.“ Noch am 6. Abends lief das Kriegsdampfschiff Otto, mit Regierungsdepeschen nach Poros und Syra beordert, aus dem Hafen von Piräeus, ehe ihm der Blokadezustand mitgetheilt war. Verfolgt von zwei englischen Dampfern wurde es auf der Höhe von Cap Sunium zum Halten gebracht und unter Mittheilung der nöthigen Papiere gezwungen nach dem Piräeus zurückzukehren. Dasselbe passirte dem Kriegsfahrzeug Polydeukis. Der russische und französische Gesandte protestiren gegen diese Thatsachen und der letztere, Hr. Tonnevel, sandte noch in der Nacht ein Dampfschiff nach Smyrna ab, um die dort ankernde franz. Flotte hierher zu beordern. Die Kriegscorvette Ludwig, die in den griech. Gewässern kreuzt und keine Kunde von den Vorgängen haben kann, fällt höchst wahrscheinlich in die Hände der Engländer.

— Der englische Gesandtschafts-Secretair Griffiths soll nach London, ein zweiter Attaché, der Sohn des Mr. Edmund Lyons, nach Constantinopel abgegangen sein. Die weggenommenen Kriegsschiffe sind aus dem Piräeus noch Salamis gebracht. Am Sonntag den 20. Januar lief die österreichische Kriegscorvette Mariana in den Piräeus ein, durch den österr. Consul auf Syra hierhin beordert, um sich dem Gesandten seines Landes in Athen zur Verfügung zu stellen. Er eilte noch in der Nacht im Dienste der griechischen Regierung nach Syra u. a. Punkten. Auf der Sonntagspromenade, wo die gewöhnliche Militairmusik gemacht wurde, ward das königliche Paar mit endlosem Zuruf empfangen. Die Majestäten fuhren nach dem Olivenwald, alle berittenen Offiziere und die leichtfüßigen Palikaren folgten ihnen unter Zeto-Rufen. Von dort aus sah man über's Meer nach Aegina und Salamis und hatte das schmerzliche Schauspiel, wie eben wieder ein englisches Kriegsschiff ein griechisches Fahrzeug am Schlepptau wie ein Raubthier nach sich zog. Bei der Rückkehr wieder unendlicher Zuruf. König und Königin wurden von ihrem Gefolge getrennt, das Volk wollte den König vom Pferde heben, ihn in den Palast tragen, es küßte ihm die Hände, es versprach sein Blut zu verspritzen, Hab und Gut zu opfern, um die Unabhängigkeit des Landes zu retten. Von da begab sich die wogende Masse an das zunächst gelegene Haus, wo die französische und baierische Gesandtschaft wohnt. Sie brachte ein stürmisches Hoch dem französischen Gesandten, wälzte sich dann die breite Straße hinab lautlos am englischen Gesandtschaftshotel vorbei zum russischen Gesandten, dem sie ein erschütterndes Hoch brachten. Von da ging es zum Ministerpräsidenten, Admiral Kriezis, und zum Minister des Auswärtigen, denen die Volksmasse durch ihren freudigen Zuruf gerechte Anerkennung ihrer Handlungen zu Theil werden ließ.

— Die letzte englische Note vom Abend des 21. Januar soll enthalten, daß die griechische Regierung von heute an jeden Tag 40,000 Thlr. Executionskosten an die Flotte zu zahlen habe, bis die Bedingnisse erfüllt sind. Die Ruhe der Stadt ist ungetrübt. Keine Volkswuth, keine Volksjustiz. Zwei Dinge sind gewiß. Einmal will England, dem alle Versuche, durch Aufstände den Thron umzustürzen seit Jahren mißlungen sind, diese seine Absicht auf eine andere Weise ausführen. Es drängt die Regierung, es macht sie unmöglich, es zwingt den König, nach Maurokordatos zu greifen, unter dessen Ministerpräsidentschaft alle englischen Forderungen würden eingestellt werden. Maurokordatos soll jetzt, so lange die englische Flotte hier ist, Minister werden, die Wahlen für den dreijährigen Landtag sollen jetzt vorgenommen werden im Angesicht der englischen Schiffe und des englischen Geldes! Das zweite ist ein „Schach Rußland“. In die Moldau und Walachei dringen englische Schiffe nicht, demnach faßt man das illyrische Dreieck an seiner Spitze!
(C. Z.)

— 23. Januar. Hr. Londos hat heute in einer Note den Repräsentanten Frankreichs und Rußlands, so wie denen der übrigen hier vertretenen Cabinette von allem Vorgefallenen Mittheilung gemacht. Die Repräsentanten aller Mächte dahier haben an Hrn. Wyse Reklamationen zur Sicherung der Personen und Interessen ihrer Landesangehörigen gerichtet.

Vermischte Nachrichten.

Stettin, 5. Februar. Je ärmer Pommern an eigenthümlichen Industriezweigen ist, jemehr verdienen die vorhandenen eine energische Beförderung. Wir können deshalb nicht umhin, die Aufmerksamkeit auf die in der Entwickelung begriffene Schlämmkreide-Fabrikation zu richten. Die Halbinsel Jasmund, zu Rügen gehörend, ist an Kreide (kohlensaurer Kalk, der aus 56 Prozent Kalk und 44 Prozent Kohlensäure besteht), reicher als irgend ein deutscher Landestheil, ja, man kann wohl sagen, daß sie überhaupt ein Kreidefelsen ist, der nur mehr oder minder mit einer Erdkruste überdeckt ist, stellenweise aber auch, wie in dem Höhenzuge auf der Seeseite, klar zu Tage kommt. Zwar finden sich noch in andern Theilen Rügens, bei Arkona und selbst auf dem Zudar, Kreideläger vor, doch sind solche geringer an Güte und zur Benutzung nicht reichhaltig genug. Die Güte der auf Jasmund vorhandenen Kreide ist zwar der dänischen gleich, doch mehr mit Sand vermischt. Zur Beseitigung dieses Sandes, wie auch der in der Kreide vorhandenen Steine, vegetabilischen und sonstigen Theile sind die Schlämmkreide-Fabriken entstanden. Auf Rügen befinden sich 9 solcher Fabriken, namentlich zu Bonerberg, Dargast, Wittenfelde, Sagard, Hagen, Qualtitz. Außerdem befinden sich auf der Ostseite der Halbinsel zwei zu Saßnitz und eine hart am Strande bei Blandow. Diese 9 Fabriken sind seit 1845 inclusive entstanden und lieferten im letztverflossenen Jahre mit mindestens circa 200 Arbeitern incl. Knaben circa 80—100,000 Centner gereinigter oder geschlämmter Kreide. Außerdem soll sich noch eine Fabrik auf Zudar befinden, der Industriezweig selbst ist indeß schon seit zwanzig und einigen Jahren begründet, doch befanden sich die Fabriken eine in Puttbus, Greifswald und Bollinken bei Stettin (die älteste), welche das Material an der Küste Jasmunds brechen und nach den genannten Orten transportiren ließen. Durch die Vereinigung dieser drei Fabriken entstand das sogenannte Vereins-Comptoir zu Stettin, was sich jetzt aufgelöst hat, welcher Auflösung die betreffenden Fabriken wohl ebenfalls folgen werden. Daß die geschlämmte Kreide in der Hauptsache von Malern, Maurern zu Bauten, in Steingut-, Goldrahm-, Teppich- und anderen Fabriken gebraucht wird, ist bekannt.
(Pr. C.)

— Binnen Kurzem wird der Verein für innere Mission in Pommern den ersten Jahresbericht ausgeben. Die Resultate desselben sind zufriedenstellend. Bereits sind in mehreren Kreisen Rettungshäuser angelegt worden. Ferner hat der Verein die unweit Stettin in Züllichow seit längerer Zeit bestehende Rettungsanstalt für sittlich verwahrloste Kinder erworben. Dieselbe wird unter Leitung eines von dem Direktor des Rauhen Hauses in Hamburg überwiesenen Vorstehers gestellt und zur Ausbildung von Helfern, Lehrern und Kolporteuren benutzt werden. Außerdem sind Verhandlungen mit England angeknüpft, um hieselbst eine Kapelle zur Abhaltung des Gottesdienstes für Matrosen in englischer und deutscher Sprache zu errichten.

Dresden, 5. Februar. Gestern Abend 11 Uhr kam das böhmische Eis hier an, seitdem wächst die Elbe stark und steht jetzt, früh 5 Uhr, 6 Ellen 3“ über 0. Die Elbe geht noch gedrängt voll Eis. Bei Riesa hat das Eis, welches hier durchgegangen und zwischen hier und Riesa gestanden, gestern Abend 7 Uhr noch im Schutze gestanden und ist dabei der Wasserstand, durch Stauwasser erhöht, zwischen 7 und 8 Ellen über Null gewesen. Bahnhof-Station Riesa, am 5. Februar, Morgens $7\frac{1}{4}$ Uhr. Der Eisschutz bei Riesa ist diesen Morgen in aller Frühe bei einem Wasserstande von circa 9 Ellen über 0 hier fortgegangen und war die Elbe bei Passirung des Eisenbahnzuges in vollem Eistriebe begriffen. Bald nach dem Durchgange des Eises war das Wasser beträchtlich gefallen und stand zu obiger Zeit nur noch 7 Ellen über 0.
(Magd. Z.)

Frankfurt a. M., 4. Februar. Mit 14 Fuß 5 Zoll rhein. hat der Wasserstand des Mains heute Vormittag sein Maximum erreicht. Bis $1\frac{1}{2}$ Uhr blieb dasselbe sich gleich, seitdem beginnt es wieder allmälig abzunehmen. Die niedrigsten Theile der Stadt, am Metzger- und am Leonhards-Thor stehen unter Wasser.
(F. J.)

Stockholm, 22. Januar. Ein neuer Bankerott ist hier in diesen Tagen bekannt geworden, der des Bergwerksbesitzer Axel Anderson auf Bergsäng in Nerike, und sollen die Schulden die Summe von 100,000 Thlr. übersteigen. Die Johanssonschen Assignationen von Fahlun werden ebenfalls nicht mehr eingelöst von der Bank, und sind es besonders Bauern und Grubenarbeiter, die am schwersten darunter leiden, da auch noch die letzten Auszahlungen, sowohl von Hammarsköld als von Johansson, in Assignationen gemacht werden. Wenn in einigen Zeitungen auf den Nutzen hingewiesen wird, den Hammarsköld der Provinz gebracht, so sprechen sich Andere mit der größten Erbitterung über einen Mann aus, dessen Wahlspruch gewesen sei: „Millionair oder Proletair.“
(St.-A.)

— Der türkische Kaiser hat dem Königl. Musikdirektor Herrn Josef Gung'l für die Dedikation des Osmanen-Marsches einen kostbaren Brillantring übersandt.

Hierbei ein Provinzial-Anzeiger.